

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

27. März 1968 - 25/11
Einzelpreis DM 0.75

WESTBERLINER SPD: FAKTISCHE SPALTUNG VOLLZOGEN

Naum dramatisch, eher in ruhiger Konsequenz, vollzieht sich in Westberlin derzeit die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei. Seit Montagabend gibt es in der Stadt zwei Jungsozialistenorganisationen. Die linken und zur Mitte tendierenden Jungsozialisten-Kreisverbände aus Charlottenburg, Schöneberg, Zehlendorf, Kreuzberg, Reinickendorf und Wedding konstituierten am Montag eine eigene Arbeitsgemeinschaft. Sie wird sich bemühen, beim bevorstehenden Landesparteitag der SPD die von ihr verfochtene Demokratisierung der Richtlinien der SPD für die Jungsozialistenarbeit durchzusetzen. Da beim gegenwärtigen Rechtskurs der Westberliner SPD-Organisation dieser Versuch nicht von Erfolg gekrönt sein kann, will sie sich eigene Richtlinien geben.

Dieser Konstituierung ging eine Sitzung des Landesarbeitsausschusses oder Jungsozialisten voraus, an der nur sechs Kreisverbände teilnahmen. Der Rumpfausschuß beschloß die Absetzung des stellvertretenden Landesvorsitzenden der Jungsozialisten, Wolfram Odebrecht. Die sechs oppositionellen Kreisverbände hatten eine Teilnahme an dieser Sitzung abgelehnt, weil die Führung der Jusos, vor allem ihr Vorsitzender Jürgen Grimming, es abgelehnt hatte, eine Änderung der Richtlinien zu diskutieren. Kernpunkt der Richtlinien-Diskussion: Die Mitglieder der Jungsozialisten in den Kreisen wählen zwar ihren Kreisvorstand. Die Mitglieder des Landesarbeitsausschusses der Jungsozialisten, das sozusagen "höchste Juso-Gremium", werden jedoch von den Kreisvorständen der SPD, nicht von denen der Jungsozialisten, entsandt.

Die faktische Spaltung der Partei war vorauszusehen, nachdem auf Initiative des deshalb jetzt abgesetzten Odebrecht eine Versammlung der linken Jungsozialisten auf Landesverbandsebene in Charlottenburg zusammengerufen wurde, die SPD-Vorsitzer Mattick als "illegal" bezeichnet hatte.

Der bevorstehende Landesparteitag der Westberliner SPD, der für den 25. und 26. Mai vorgesehen ist, wird sich im "en bloc"-Verfahren einen neuen Landesvorstand wählen, der ausschließlich aus Vertretern der extremen Rechten zusammengesetzt ist. Ein Führungsgespann Schütz-Neubauer-Gellermann wird nicht mehr für ausgeschlossen gehalten. In diesem Falle wird sich auf Landesebene ein "Gegenvorstand" bilden, der über den bisherigen linken Führungskreis, den sogenannten "Donnerstagkreis", hinausgehen wird. Die rechte Parteiführung wird sich dann einer Gegenregierung ausgesetzt sehen. Ein Austritt der Linken aus der SPD ist jedoch keinesfalls zu erwarten. Die Parteilinke ist durch den Ausgang des Nürnberger Bundesparteitages optimistisch gestimmt: Sie glaubt, "überwintern" zu können und sich, mit Hilfe des "leichten Linkstrends der Bundespartei", gegen den rechtsextremistischen Westberliner Vorstandsflügel auf lange Sicht durchsetzen zu können. Ein Jungsozialist formulierte das Jahresprogramm 1968 so: "Schaffen wir zwei, drei, vier SPDs in der Partei".

PARLAMENTS-CHEF SICKERT: GRUNDRECHTE "PRAKTISCH AUSSER KRAFT"

Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses und DGB-Landesvorsitzende, Walter Sickert, hat jetzt in einem offiziellen Schreiben begründet, warum die in der Verfassung von Berlin vorgeschriebene Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofes noch immer nicht erfolgt ist: Einem Westberliner Bürger, der sich wegen dieses mißachteten Verfassungsauftrags an Senat und Abgeordnetenhaus gewandt hat, erklärte er schriftlich, daß diese Forderung unerfüllbar ist, "wenn die staatsrechtliche Stellung Berlins als Teil der Bundesrepublik nicht gefährdet werden soll." Als Verfassungsrechtler versteht sich Sickert, wenn er schreibt: "Die Grundrechte der Verfassung von Berlin sind einerseits im weiten Umfang nicht justitiabel, d.h. die Gerichte könnten Einzelfälle nicht in sinnvoller Anwendung dieser Grundrechte entscheiden (z. B. beim Recht auf Arbeit, Art. 12 VvB). Andererseits ist ein Teil der Grundrechte der Verfassung von Berlin durch Bundesgesetz überlagert und praktisch außer Kraft gesetzt (z. B. Mitbestimmung in der Wirtschaft, Art. 17 VvB; Verbot privater auf Marktbeherrschung gerichteter Organisationen, Art. 16 VvB)." Der DGB-Chef verteidigt somit als Präsident des Parlaments die Aufgabe wichtiger Rechte der Arbeitnehmer zugunsten der die Verfassung ignorierenden Bundesgesetze, die die Arbeitgeber einseitig stützen.

BUNDESFILMPREIS: ALS WANDERPOKAL AUF DIE REISE

Der Bundesfilmpreis in Gold, den der in die DDR übergetretene Schauspieler Wolfgang Kieling am letzten Sonnabend im Republikanischen Club Westberlins versteigern ließ, wird zum "Wanderpokal". Die "amerikanische Versteigerung" vor rund 300 Besuchern erbrachte 1700 DM für die Nationale Befreiungsfront Südvietnams; rund 70 Besucher steigerten mit Beträgen zwischen 5 und 100 DM mit. Den Zuschlag erteilte der hannoversche Kabarettist Dietrich Kittner ("Das war anstrengender als zwei Stunden Ein-Mann-Kabarett") um 23.43 Uhr dem RC-Mitglied Barbara Agnoli. Die Ersteigerin stellte den Preis wieder zur Verfügung: Er soll in westdeutschen Republikanischen Clubs weiterversteigert werden, so daß mit einem Enderlös um 5000 DM gerechnet werden kann. Es wird erwogen, den Preis nach der "letzten Versteigerung" dem Bundesinnenministerium mit dem Hinweis zurückzugeben, der Pokal habe seinen Dienst nun getan.

KURRAS-PSYCHIATER: "DIE HABEN ALLE EINE MEISE"

Westberlins meistbeschäftigter Psychiater, Dr. Spenger, der durch sein in der Fachwelt aufsehenerregendes Gutachten dem Ohnesorg-Todesschützen Kurras zum Freispruch verhalf und der auch die Kommunarden Teufel und Langhans beurteilte, hatte lange vor Beginn des Prozesses gegen die beiden ein festgeprägtes Bild. Auf einem "Reiterabend" (Party von Herrenreitern) erklärte er das Gutachten als "klaren Fall". Denn: "Alle diese ungewaschenen Typen haben 'ne Meise". Auf die Frage, woher er - ohne Kenntnis der Beschuldigten - ein Bild gewonnen habe, erklärte er: Aus der Westberliner Presse. Ihr müsse man "denn doch eine gewisse Objektivität zugestehen". Dr. Spenger hatte sich bei der Behandlung eines Befangenheitsantrages im "Brandstiftungsprozeß" gegen die Kommunarden einige Wochen nach dem Reiterabend als "völlig unbefangen" erklärt.

SCHALTPLAN DER REVOLUTION: WER MIT WEM?

In das Klatschspalten-Spiel landläufiger Illustrierten "Wer mit wem?" hat die italienische Zeitschrift "L'Espresso" in einer Sondernummer über die Internationale der Studenten linke Studentenführer und "ihre Propheten" einbezogen. Auf einem zweiseitigen Schaltplan wird mit bunten Linien auf einen Blick faßbar gemacht, wer mit wem geistig gekuppelt ist. Alle "Geleise" laufen in den "Endbahnhöfen" Hegel, Marx, Freud und Lenin zusammen. Die größte Umsteige-Station ist Mao (direkte rote Lenin-Linie). Die lila Marx-Linie läuft über Trotzki und verzweigt sich hier in Richtung Abendroth und Marcuse sowie in Richtung Che Guevara. Die Linie Freud (dunkelrot) hat Zwischenstationen bei Marcuse, Adorno, Reich und Guy Debord. Eine der Endstationen der großen Linien ist Rudi Dutschke (durch Marcuse direkten Anschluß via Abendroth, Trotzki, Marx; ebenso über Marcuse zu Freud; weitere Direktlinien zu Che Guevara und Mao). Von Meschkat

aus gelangt man zu Trotzki, Reich und Marcuse (von dort weitere Umsteigemöglichkeiten). Nevermann ist via Adorno mit Hegel gekoppelt, via Abendroth mit Trotzki und Marx. Lefèvre hat Direktverbindungen zu Mao, Guevara, Reich; Negt zu Adorno, Guevara, Trotzki, Marcuse; Steinhaus zu Marcuse, Abendroth, Guevara und Mao. Einige der genannten "Endstationen" erklärten gegenüber dem EXTRA-Dienst inzwischen, daß manche Linie längst stillgelegt ist bzw. nie intakt war. Nur wenige der bei ihnen von "L'Espresso" ausgestellten Rückfahrkarten seien tatsächlich gültig.

WESTBERLINER NÄCHTE: AGITATION UNTER US-SOLDATEN

Nacht für Nacht ziehen Angehörige der Westberliner US-Campaign, einer Gruppe von Gegnern der amerikanischen Vietnam-Aggression, durch Bars und Nachtlokale der Westberliner City, in denen sie GIs vermuten. In den meisten Fällen, so wird berichtet, sei das Ergebnis positiv: Man komme mit den Soldaten ins Gespräch. Die Flugblätter der US-Campaign, so verlautet weiter, würden von amerikanischen Soldaten gelesen und trotz scharfer Verbote auch weitergegeben. Die US-Campaign macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß sich auch Westberliner an dieser Aktion beteiligen können. Am 1. April, 20 Uhr, soll im Republikanischen Club ein Treffen all jener Amerikaner und Deutschen stattfinden, die am 16. Februar zum ersten Mal die "Aktion Nachtleben" durchgeführt haben. Interessenten sind eingeladen, an der Besprechung teilzunehmen. - Begegnungen mit amerikanischen Soldaten vermittelt im übrigen eine offiziöse Institution der US-Army, das "Community Relations Office", Telefon 819 68 42; bei dieser Institution erhält man Kontakte mit US-Soldaten, die in eine Westberliner Familie eingeladen werden wollen.

STUDENTENKUNDGEBUNG IN PRAG: GRUSS AUS WESTBERLIN VERLESEN

Der CSSR-Schriftsteller Prochaska verlas auf einer von 16 000 Studenten besuchten Kundgebung im Prager Fucik-Park eine Grußadresse sozialistischer Studenten aus Westberlin, in der es heißt: "Die interessierte Öffentlichkeit des westlichen Auslandes, besonders aber die reaktionäre Presse Westberlins, hat versucht, aus den Ereignissen in der CSSR Kapital in ihrem Sinne zu schlagen. Es wurde behauptet, wir, die sozialistischen und progressiven Studenten der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins, kämpften gegen ein System, das Ihr, die Studenten der CSSR, im Begriff seid zu errichten, das Ihr Euch seit langem herbeisehnt. Es versteht sich, daß diese Verdrehungen Zweckklügen sind. Uns eint mehr, als der Reaktion lieb ist. Allerdings unterscheidet sich unser Kampf an einem wesentlichen Punkt: während Ihr die sozialistische Basis zu einem freiheitlich-kommunistischen System zu erweitern sucht, arbeiten wir in den kapitalistischen Ländern auf dem Vorfeld dieser Möglichkeiten. Es lebe die kommunistische und sozialistische Internationale! Es lebe der bewaffnete Kampf der Völker Vietnams und Lateinamerikas! Es lebe die revolutionäre CSSR!" Die Grußbotschaft wurde mit großem Beifall aufgenommen. - Die einzige westliche Zeitung, die über die Veranstaltung im Fucik-Park inhaltlich berichtete, war die Wiener "Volksstimme".

SAMSTAG IN WESTBERLIN: ÖFFENTLICHE ZEUGNIS-VERBRENNUNG

Linke und unabhängige Schülergruppen Westberlins wollen am Sonnabend, 30. März, 12 Uhr mittags, auf dem Theodor-Heuss-Platz eine "öffentliche Zeugnisverbrennung" durchführen. Es ist beabsichtigt, dabei über den "Unsinn der Zeugnisverteilung" in Referaten und Diskussion Klarheit zu gewinnen.

ZITAT DER WOCHE

Der israelische Verteidigungsminister Moshe Dajan in einem Interview mit der israelischen Zeitschrift "Haaretz": "Die für uns wünschenswerte Politik ist die Konsolidierung des amerikanischen Einflusses im Nahen Osten".

STAATSANWALTSCHAFT: EHRENGERICHTSVERFAHREN GEGEN MAHLER

Der Generalstaatsanwalt, vertreten durch die Erste Staatsanwältin Bräutigam, hat "vor Amts wegen" nicht weniger als vier "ehrengerichtliche Ermittlungsverfahren" gleichzeitig gegen Rechtsanwalt Horst Mahler eingeleitet. Mahler habe mehrfach gegen die "Standespflichten als Rechtsanwalt verstoßen", behauptet die Staatsanwaltschaft. Im ersten Verfahren ist Zeuge die BZ, laut der Mahler u. a. gesagt haben soll: "Den Zeitpunkt, zu dem Teufel sich stellt, bestimmen seine politischen Freunde und nicht die Justiz." Im zweiten Verfahren wird auf einen Audimax-Vortrag Mahlers und Mahler-Schriftsätze zum Fall Teufel hingewiesen sowie auf EXTRA-Dienst, wonach Mahler gesagt haben soll: "Daß sich Teufel den Auflagen nach der ersten Entlassung aus der U-Haft nicht gefügt habe, sei ein Protest gegen ein 'schweres Unrecht der Staatsorgane'". Das dritte Verfahren befaßt sich mit dem Inhalt des Plädoyers im Africa-Addio-Prozeß, das vierte mit einem Diskussionsbeitrag in der Technischen Universität anläßlich der Veranstaltung "Verfassungsschutz durch Verfassungsbruch". - Die Massierung der Verfahren und die Hoffnung, wenigstens in einem "durchzukommen", spricht dafür, daß jetzt der Versuch unternommen werden soll, den mißliebigen Rechtsvertreter zahlreicher Angehöriger der Außerparlamentarischen Opposition über ein "standesgerichtliches Verfahren" abzuschießen.

ARBEITSLOSIGKEIT: VERDECKT DURCH AUSLÄNDER-ABWANDERUNG

Die volle Wirkung der Wirtschaftskrise, in die die Bundesrepublik im letzten Jahr taumelte, wurde durch die Wieder-Auswanderung ausländischer Arbeitskräfte weitgehend verdeckt. Die Arbeitslosenziffer wäre sonst weit höher gewesen. Das geht, verklausuliert, aus einem Bericht der Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung in Nürnberg hervor. 1967 waren in der Bundesrepublik und in Westberlin 322 000 Ausländer weniger beschäftigt als im Jahr zuvor. Die meisten von ihnen wurden entlassen, andere gaben die Arbeit vorzeitig auf, da ihnen ihr Arbeitsplatz zu unsicher wurde. Die genaue Zahl der Rückwanderer wegen Entlassung oder freiwilliger Arbeitsaufgabe aus Gründen der Rezession ist nicht bekannt; die Nürnberger Bundesanstalt schätzt sie auf über eine halbe Million zwischen Herbst 1966 und Herbst 1967. Die Differenz zwischen etwa 500 000 und 322 000 ergibt sich aus einer gewissen Zuwanderung.

USA-GEWERKSCHAFTEN: FRONDE GEGEN VIETNAM-POLITIK WÄCHST

Die Zahl der amerikanischen Gewerkschafter, die die regierungsfreundliche Vietnam-Politik des offiziellen Gewerkschaftsapparates AFL-CIO unter George Meany nicht mehr mitmachen wollen, wächst beständig. Eine Umfrage in den USA zeigt, daß der Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder, die gegen den US-Krieg in Vietnam sind, größer ist als jener der Gesamtbevölkerung: 43 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder und deren Angehörige sind gegen die US-Politik in Vietnam. Auf einer Konferenz, an der 523 leitende Funktionäre der Gewerkschaften teilnahmen, wurde die unverzügliche Einstellung der Bombardierung Nordvietnams "und eine klare und unzweideutige Absichtserklärung für Verhandlungen über eine Beendigung des Krieges unter Beteiligung der direkt am Konflikt beteiligten Parteien einschließlich der nationalen Befreiungsfront in Südvietnam" gefordert. Die Resolution, an der unter anderen Johnsons demokratischer Gegenkandidat für die Präsidentschaftswahlen, Senator McCarthy, mitwirkte, sieht einen direkten Zusammenhang zwischen den Kriegsausgaben der USA und der gleichzeitigen "grausamen Beschneidung der Regierungsprogramme zur Überwindung der Massenarmut und zur Herstellung gleicher Bürgerrechte".

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DONNERSTAG, 28. März, 19.30 Uhr: Im Rahmen des Arbeitskreises "Bürokratie und Rätssystem" spricht Horst Witte über "Rätedemokratie in Deutschland 1918 bis 1921". Alle interessierten Clubmitglieder sind eingeladen.

FREITAG, 29. März, 20 Uhr: Die "Clubdiskussion" wird fortgesetzt von Professor Ossip K. Flechtheim mit einem Vortrag über das Thema "Der dritte Weg. Gewaltlose Revolution und permanente Reform". Kurzfassungen des Referats sind ab sofort im Büro des Republikanischen Clubs erhältlich.

BRIEFE DER OPPOSITION: KING UND PAPANDREOU ALS FEIGENBLATT

Organisationen und Persönlichkeiten der Außerparlamentarischen Opposition Westberlins wollen in Offenen Briefen den amerikanischen Friedensnobelpreisträger Martin Luther King und den ehemaligen griechischen Minister Andreas Papandreu über die Rolle aufklären, die ihnen die Führung des Westberliner Senats und der SPD bei ihrem Auftreten in der Stadt zudedacht haben. Das offizielle Maikomitee will Martin Luther King als Sprecher für die Kundgebung am 1. Mai vor dem Reichstag gewinnen; Papandreu soll, zusammen mit Klaus Schütz, auf einer Veranstaltung zum Jahrestag des griechischen Militärputsches in der Neuköllner Hasenheide auftreten. Martin Luther King und Andreas Papandreu sollen jetzt aufgefordert werden, auf einer Kundgebung der politischen Kräfte Westberlins zu sprechen, die rückhaltlos für die Rechte der unterdrückten farbigen Minderheit der USA und der griechischen Patrioten eintreten, und nicht auf Veranstaltungen derer, die mit den Regimes der Rassenunterdrückung, des Vietnam-Terrors und der Militärdiktatur aus "pragmatischen Gründen" paktieren.

SCHWEIZ: STUDENTENVERBAND TRITT AUS ISC AUS

Der Verband Schweizerischer Studentenschaften hat beschlossen, aus der ISC (International Students Conference) auszutreten. Anlaß ist die Tatsache, daß dieser Verband vom US-Geheimdienst CIA Gelder erhielt, um damit "Aufklärungsarbeit" zu leisten. Die Schweizer Studenten sind jetzt nur noch durch einen Beobachter bei der ISC vertreten; den gleichen Status haben sie aber auch bei der IUS (Studenteninternationale) in Prag. Die vom CIA der ISC zudiktierte Hauptaufgabe: die IUS international "lahmzulegen".

PARIS: SDS-GRUPPE HAT SICH ORGANISIERT

In Paris hat sich die erste "internationale Sektion" des Sozialistischen Deutschen Studentebundes (SDS) gebildet. Es handelt sich um mehr als zwei Dutzend SDS-Mitglieder, die in Paris studieren oder arbeiten. Die Gruppe ist über Malte Rauch, Paris V., 52, Rue Monge, zu erreichen.

HINWEISE DER REDAKTION

POLITISCHE BILDER zeigt am Mittwoch, 27. März, 20 Uhr, die Westberliner Galerie S Ben Wargin. Die Ausstellung, die von Hermann Wieslar zusammengestellt wurde, bringt u. a. das Vietnam-Bild des Malers Carl Timmler, dessen Ausstellung im Europa-Center während des Internationalen Vietnam-Kongresses durch Intervention des Büros Gepper, Europa-Center-Hausherr, abgelehnt worden war.

FREITAG, 29. März, 22.45 Uhr, zeigen die Freunde der Kinemathek im "Bellevue" am Hansaplatz den Film "Der Aufstand der Fischer" nach Anna Seghers unter der Regie von Erwin Piscator.

IN DIESER UND DEN NÄCHSTEN AUSGABEN liegen Zahlkarten für jene Abonnenten bei, die bis einschließlich März mit der Zahlung ihrer Beiträge im Rückstand sind. Der Vertrieb bittet darauf hinzuweisen, daß die Belieferung bei einem Zahlungsrückstand von mehr als drei Monaten unterbrochen wird.

EXTRA ÜBER UNS

VERBLÜFFTE GESICHTER gab es in der EXTRA-Dienst-Buchhaltung am vergangenen Wochenende. Die Französische Pressestelle überwies für EXTRA-Dienst den ausgewiesenen Abonnementsbetrag abzüglich der ebenfalls ausgewiesenen fünf Prozent Mehrwertsteuer. Lakonisch vermerkten die Vertreter der französischen Schutzmacht in Westberlin auf dem Zahlungsabschnitt: "Mehrwertsteuer wird nicht bezahlt von alliierten Dienststellen". Funktioniert die Kommandantura noch? Offenbar, wenn's um's liebe Geld geht. Es erhebt sich die Frage, wer von der Bezahlung der Mehrwertsteuer - oder anderer Steuern - alles befreit ist und durch welches Gesetz. Die Beantwortung dieser Frage, an den Senat gerichtet, würde die Öffentlichkeit sicherlich interessieren.

TOP SECRET: PLÄNE ÜBER GIFTGASEINSATZ IN EUROPA

In einer längeren Dokumentation (EXTRA-Dienst 8/II bis 10/II) haben wir über die chemische Kriegsführung der USA in Vietnam berichtet. Heute legen wir "top secret" (streng geheim) gestempelte Dokumente des US-Hauptquartiers für Europa vor, aus denen hervorgeht, daß sich die USA und die Nato auch für den Giftgaseinsatz in einem europäischen Krieg rüsten. Einige dieser Dokumente wurden erstmals in der norwegischen Zeitschrift "Orientering" veröffentlicht.

Ebenfalls aus der Osloer "Orientering" stammen Dokumente, die die Hamburger Zeitschrift "konkret" und der "Berliner EXTRA-Dienst" (23/II) zur Machtübernahme der US-Streitkräfte für den Fall "innerer Unruhen" in Nato-Staaten veröffentlichten. Die Hamburger Zeitschrift sieht sich inzwischen einem Verfahren wegen "Staatsgefährdung" ausgesetzt. Ob auch gegen EXTRA-Dienst ermittelt wird, ist nicht bekannt. Vielleicht wird ein solches Verfahren jetzt eingeleitet, wenn Staatsanwaltschaft und Politische Polizei zu der Auffassung gelangen, daß nachfolgende Mitteilungen über die durch internationale Gesetzgebung verbotene, von den USA und der Nato gleichwohl vorbereitete Giftgas-Kriegsführung in Europa ebenfalls einer Staatsgefährdung gleichkommen. - Heid G. Resi und Karin Kersten übersetzten Auszüge aus einem Artikel des "Orientering"-Chefredakteurs Kjell G. Resi ins Deutsche:

"Der Vietnam-Krieg hat den rücksichtslosen Gebrauch von chemischen und biologischen Waffen durch die amerikanischen Streitkräfte gebracht. . . Würden die Amerikaner diese Kampfmittel im Fall eines Konflikts in Europa einsetzen? Das weiß man selbstverständlich nicht; aber man muß es annehmen. Geheim-gestempelte Papiere des Hauptquartiers "Support Operations Task Force Europe APO 163, US Forces" geben detaillierte Richtlinien für den Gebrauch von chemischen und biologischen Kampfmitteln in Europa und darüber, wer das Recht haben soll, sie anzuwenden. Es handelt sich um einen ziemlich umfangreichen Plan für den Gebrauch dieser schrecklichen Kampfmittel. Das, was die Leser als Faksimile studieren können, trägt die Bezeichnung 'Annex K to COMSOTFE-OPLAN Nr. 10-1' mit dem Untertitel 'Gebrauch von chemischen und biologischen Kampfmitteln'. Die Kodebezeichnungen CINCUSAREUR, CINCUSNAVEUR und CINCUSAFE stehen für die verschiedenen Armeeteile, die diese Kampfmittel einsetzen werden und die die Aufgaben haben sollen, Waffen und Ausrüstung zur rechten Zeit an den rechten Ort zu bringen sowie technische Hilfe zu leisten. Der Zweck des Plans, wie er unter der Überschrift 'MISSION' beschrieben wird, wäre so zu übersetzen: 'Chemische und biologische Kampfmittel zur Unterstützung der unkonventionellen Kriegsführung'. Man bemerke: 'Unkonventionelle Kriegsführung'!

Auf welche Weise sollen die Operationen durchgeführt werden? Die Antwort bekommen wir in dem Kapitel, das die Überschrift 'Ausführung' (Execution) trägt. Hier heißt es u. a.: 'Allgemein. Bestimmte Ziel für die Anwendung chemischer und biologischer Kampfmittel einschließlich solcher Mittel, die die Entlaubung von Bäumen bewirken sollen, einschließlich pflanzentötender Mittel und Bestandteile zur Zerstörung der Ernte, ergeben sich aus der Situation und den operativen Erfordernissen'. Die Dokumente enthalten außerdem Richtlinien dafür, auf welche Weise sich die verschiedenen Kampfeinheiten wegen des Gebrauchs von chemischen und biologischen Kampfmitteln an das Hauptquartier wenden können. Beistand kann man erbitten unter Angabe detaillierter Auskünfte sowie Zeit-, Orts- und anderer Angaben über beabsichtigte Angriffe. Es heißt weiter, daß diese chemischen und bakteriologischen Kampfmittel auch an lokale Guerilla-Truppen gegeben werden können und an 'einheimische Streitkräfte', sofern sie nur COMSOTFE untergeordnet sind, was immer das für ein militärisches Organ sein mag.

Es heißt jedoch vorsichtigerweise: 'Die Benutzung chemischer und biologischer Kampfmittel wird, wo es praktisch möglich ist, von geschultem und qualifiziertem US-Personal überwacht werden, um zu sichern, daß die Benutzung auf das Minimum beschränkt bleibt, das nötig ist, um der militärischen Notwendigkeit zu genügen.' Die Instruktionen sind vom US-Obersten Charles B. Boswell unterzeichnet."

TOP SECRET

TOP SECRET

HEADQUARTERS
UNITED STATES EUROPEAN COMMAND

Headquarters
SUPPORT OPERATIONS
TASK FORCE EUROPE
APO 163, US Forces

ECJIC-J APO 128, US Forces
October 1962

SUBJECT: Change 3 to USCINCEUR OPLAN NR 100-1 (U)

TO: See DISTRIBUTION

- Forwarded herewith is Change 3 to USCINCEUR OPLAN NR 100-1.
- The purpose of this Change is to publish Annex N, Civil Affairs.
- Subject Change consists of new and revised pages. Addressees are requested to remove old pages and enter new or revised pages as listed below.

Title	Remove Old Pages	Enter New Pages
Table of Contents	iiia	iiia
Basic Plan	12	12
Annex N		N-1 thru
Appendix 1 to Annex N		1-2
Appendix 2 to Annex N		1-2
Appendix 3 to Annex N		1-4
Appendix 4 to Annex N		1
Appendix 5 to Annex N		1
Appendix 6 to Annex N		1-2

4. Notation regarding this Change will be made on the "Record of Changes and Corrections" sheet. Rescinded pages will be destroyed in accordance with pertinent service regulations.

FOR THE COMMANDER IN CHIEF:

B. E. Espy

1 Incl:
Change 3 to USCINCEUR
OPLAN NR 100-1 (U)

B. E. ESPY
Major General, US Army
Director, J-3 Division

Regrade UNCLASSIFIED upon
removal of inclosure

THIS LETTER CONSISTS OF 1 PAGE

Copies of 177 Copies

EUCOM TO USAF 4200-C

USARFIR AG

TOP SECRET

OPERATION PLAN
USCINCEUR NR 100-1
TABLE OF CONTENTS (Cont'd)

	(Pages)
M - Maps and Charts	5
App 1 - Deployment of Cartographic Forces	1
TAB A - US Army Forces	1
TAB B - US Navy Forces	1
TAB C - US Air Force Forces	1
App 2 - Maps and Charts Depots	2
N - Civil Affairs	9
App 1 - Organizations Available for Planning	2
App 2 - Definitions	2
App 3 - Status of Forces Agreement	4
App 4 - Civil Affairs Planning	1
App 5 - Sample Proclamation	1
App 6 - Commissions and Committees	2
O - Information Activities	3
App 1 - Joint Armed Forces Information Center	3
App 2 - Field Press Censorship	3

Annex K to COMSOTFE OPLAN NR 10-1
EMPLOYMENT OF CHEMICAL AND BIOLOGICAL MUNITIONS

1. (TS) SITUATION.

a. General. This annex provides guidance for the employment of chemical and biological (CB) munitions by UW forces.

b. Enemy Forces. Annex C: Intelligence.

c. Friendly Forces.

(1) CINCUSAREUR.

(a) Supports SOTFE CB operations to include providing munitions at time and place designated by COMSOTFE.

(b) Renders technical assistance when required.

(2) CINCUSNAVEUR.

(a) Supports SOTFE CB operations to include logistical and service support at USNAVEUR departure point.

(b) Provides delivery means for movement of CB munitions from departure point to the operational area.

(3) CINCUSAFE.

(a) Supports SOTFE CB operations to include logistical and service support at USAFE departure point.

(b) Provides delivery means for movement of CB munitions from departure point to the operational area.

2. (TS) MISSION. Employ chemical and biological munitions in support of unconventional warfare.

3. (TS) EXECUTION.

a. Concept of Operation.

(1) General. Specific targets for the employment of chemical

DOWNGRADED AT 12 YEAR INTERVALS; NOT AUTOMATICALLY DECLASSIFIED. DOD DIR 5200.10.

TOP SECRET

Annex K to COMSOTFE OPLAN NR 10-1
EMPLOYMENT OF CHEMICAL AND BIOLOGICAL MUNITIONS

and biological munitions, which includes defoliants, herbicides, and anti-crop agents, will be designated as the situation and operational requirements dictate.

(2) UW forces submit target requests to COMSOTFE for CB munitions. Requests will contain pertinent data as to location, time, circumstances of and justification for employment.

(3) COMSOTFE analyzes target requests in light of USCINCEUR's operational plans. If requests are approved, COMSOTFE coordinates details of delivery of CB munitions to operational area.

(4) When directed by COMSOTFE, CB munitions and training assistance may be extended to guerrilla and indigenous forces. The employment of CB munitions, where practicable, will be supervised by trained and qualified U.S. personnel to insure that the employment is restricted to the minimum essential for military requirements.

b. 10th Special Forces Group (Abn).

(1) Plans for and conducts CB operations on order.

(2) When directed, train, advise and supervise guerrilla and indigenous forces in the employment of CB munitions.

(3) Provides qualified personnel authorized to inventory and receipt for allocated CB munitions at storage or designated departure point.

c. SOTFE (CIA) Liaison Group. Provides intelligence support and assets in connection with employment of CB munitions in selected UW operational areas.

4. (U) LOGISTICS. Annex G.

5. (U) COMMAND AND SIGNAL.

a. Command: Annex B.

b. Signal: Annex F.

CHARLES B. BOSWELL
Colonel, USA
Commanding

OFFICIAL:

ROYAL R. TAYLOR
Colonel, USA
Director, J-3

K-2

Change 3 to USCINCEUR OPLAN NR 100-1

TOP SECRET

SCHÜTZ: "DASS DAS FREIE BERLIN WIE EIN BREI AUSEINANDERLÄUFT"

Der Regierende Bürgermeister und Meister der Freien Rede Westberlins, Klaus Schütz, äußerte sich vor Arbeitern der AEG in Westberlin über den Status Westberlins, die Wirtschaftslage und die Außerparlamentarische Opposition. Wir dokumentieren den dritten Abschnitt dieser Rede. Nach seinen blamablen Auftritten in der FU und der Kirchlichen Hochschule entschloß sich Schütz, nicht mehr mit Vertretern der Außerparlamentarischen Opposition zusammen in eine Versammlung zu gehen. Auf eine diesbezügliche Frage des SDS-Mitgliedes Rudi Dutschke hatte Schütz in der FU noch gesagt: "Ich bin jederzeit bereit, vor den Arbeitern der AEG, Siemens, aufzutreten und meine Meinung zu sagen, ich tue es und ich bin auch bereit, mit Ihnen dort aufzutauchen, aufzutreten." Der Republikanische Club, der Schütz daraufhin beim Wort nahm, erhielt eine abschlägige Antwort. Das intellektuelle Niveau und die Substanz der nachfolgend im Wortlaut dokumentierten Schütz-Rede legen die Hintergründe dieser Absage offen:

"Wer über die innere Ordnung diskutiert in diesen Wochen, der wird erst einmal fragen, was sind die Erfahrungen und Erkenntnisse, die dieser Senat anhand der Schwierigkeiten, Unruhen, Unordnung, Demonstrationen, Kundgebungen in den vergangenen Monaten hatte. Wir hatten, wie Sie alle wissen, in diesen vergangenen Monaten - seit Oktober, seit dieser Senat im Amt ist - wie uns die Opposition in diesen Tagen sehr akkurat vorgerechnet hat, zwölf Demonstrationen, von denen ich sagen würde, Demonstrationen und sogenannte Demonstrationen, wobei ich hier ruhig mal die Anführungszeichen in die Erinnerung zurückrufen will. Aber was sind die Erkenntnisse und worüber müssen wir innerhalb und außerhalb dieser Stadt immer wieder sprechen, um wirklich das Bild des Studenten deutlich werden zu lassen? Wir haben bei diesen Demonstrationen festgestellt, meine Damen und Herren, daß hier in dieser Stadt eine verhältnismäßig kleine Gruppe versucht, mit der Kraft, die die in der Lage sind in Bewegung zu bringen, angesetzt an einer der schwachen Stellen in unserer Gesellschaft, nämlich den Universitäten, den freiheitlichen Rechtsstaat handlungsunfähig zu machen. Das heißt, ich warne hier und anderswo davor, sich allein darauf zu orientieren, als hätten wir es hier mit einem Problem der Jugend zu tun. Die Brüder, die dort im Gange sind, sind weit über das wahlfähige Alter hinaus, meine Damen und Herren, das sind Leute, die weit über das wahlfähige Alter hinaus sind, die nicht mehr die aufbrodelnde Jugend darstellen, sondern die nüchtern, kalt, eiskalt darüber diskutieren und darauf hinarbeiten, das ist aber nicht die leidenschaftliche Jugend. Ich warne auch davor, zu meinen, es sei ein Problem, wie es viele uns einreden - besonders die, die dort besonders engagiert sind - es sei ein Problem der Studenten. Wir haben jetzt in dieser Stadt 35 000 Studenten. Der kleine Bruchteil sind teilweise Studenten, aber viele von denen wir insbesondere die Namen kennen hier, die nennen sich vor dem Untersuchungsausschuß des Abgeordnetenhauses Industriekaufleute - feiner Beruf, warum nicht - die sind außerhalb jeder Universitätsstrukturen, das heißt: Was ich damit sagen will, ich warne davor, es als ein Studentenproblem zu sehen, weil es damit nicht zu fassen ist. Das sind Menschen, die sind so erwachsen nach unserer Gesellschaftsordnung und sind weit sogar außerhalb der Universität und setzen nur den Hebel an an einem Punkt, an dem insbesondere unsere Gesellschaft wackelt, an dem wir noch alte und überlebte Strukturen haben in unseren Universitäten, aus den Jahren 1850 - 90 hier entwickelt, die nicht irgendwie angepaßt sind an die modernen Strukturen unserer Industriegesellschaft. Ich sage dazu weiterhin, daß sie - daß das eine Gruppe ist, der ist es verhältnismäßig egal, welcher Streitpunkt, welcher Punkt gewählt wird, an dem man demonstriert, sondern hier geht es darum, die Punkte zu finden, an denen sie andere in Bewegung kriegen können. Die versuchen, andere im studentischen, im Jugendbereich und darüber hinaus in Bewegung zu bringen, die sind im Grunde genommen nicht interessiert an den Punkten, um die im Augenblick demonstriert wird, sondern die darüber hinaus. Und es

kommt etwas hinzu, das wir in diesem Kreis ganz bestimmt sehen, meine Damen und Herren, die bedienen sich natürlich der Tatsache, daß dieser Platz Berlin eine besondere Öffentlichkeitswirkung hat, wie kein anderer in Deutschland beispielsweise. Mir hat mal einer gesagt, ich glaube er hatte Recht, in Berlin muß man, wenn man eine gewisse Wirkung erzielen will in der Welt und in ganz Deutschland, braucht man in Berlin nur eine Fensterscheibe im Amerika-Haus einzuschmeißen, in Köln muß man fast das ganze Haus anstecken um die gleiche Wirkung zu bekommen. Das ist unsere Situation, die die natürlich auch eiskalt, nüchtern ausnutzen, den Versuch zu machen, insbesondere hier den Hebel anzusetzen und die innere Ordnung dieser Stadt durcheinanderzubringen. So ist in diesen Tagen klar geworden, daß es sich hier nicht um ein Berliner Problem im engeren Sinne handelt, daß andere Städte in der Bundesrepublik vor gleichen Problemen stehen. Ich sage das ohne Schadenfreude, aber ich habe meine Kollegen, die Ministerpräsidenten der anderen Bundesländer, sehr eindringlich davor gewarnt, daß sie sich sehr wohl darauf einstellen müssen, daß wir vielleicht - wenn wir weiterhin den graden Weg gehen, den wir uns vorgenommen haben - diese Frage unter Kontrolle bekommen, im Interesse der arbeitenden Menschen in dieser Stadt unter Kontrolle bekommen werden, aber daß diese Probleme in anderen Teilen unseres freien Deutschland auch auf uns zukommen werden. Das heißt: Kein Berliner Problem, aber doch ein Problem, über das man sich in Berlin unterhalten muß, weil es hier besondere Fragen aufwirft. Ich habe hier und anderswo immer wieder gesagt, warum ich dagegen gewesen bin und weiterhin auch in Zukunft dagegen sein werde, daß in dieser Stadt völlig ungezwungen für jedes politische Ziel, das auch immer angenommen wird, frei demonstriert wird. Ich bin der Meinung, das mag in anderen Städten der Bundesrepublik möglich sein. In dieser Stadt Berlin gibt es bestimmte Grenzen der Demonstrationsfreiheit - und ich werde mich jedem unabhängigen Gericht beugen; wir im freiheitlichen Rechtsstaat sind darauf angewiesen, daß wir unabhängige Gerichte haben und wir werden sie immer respektieren -, aber ich werde mich nicht davon abhalten lassen, daß wir in diesem Teil der Stadt nicht über alle Losungen, sei es rechtsextremistisch, sei es linksextremistisch, hier in dieser Stadt im Angesicht der Mauer frei demonstrieren lassen können. Ich will das auch also Ihnen hier sagen, ich sage nicht, daß ich mich über die Verfassung hinwegsetzen kann - das will ich nicht, das werde ich nicht tun, ich werde immer im Rahmen unserer Gesetze und der unabhängigen Rechtsprechung bleiben - aber dieser Senat wird immer neu überlegen, wie er es ermöglichen kann, das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit einerseits zu gewährleisten, aber es nicht ausarten zu lassen gegen unsere freiheitliche Rechtsordnung. Das alles, meine Damen und Herren, hat zur Polarisierung in der Stadt geführt, hat dazu geführt, daß es große Gegensätze in der Stadt gibt, die bis - wie ich weiß - teilweise in die Familien, in die politischen Parteien, bis in Vereinigungen sonst hineingehen und die wir alle in diesem Kreis ja kennen. Es hat dazu geführt - und das möchte ich auch hier freimütig sagen - daß es einige intolerante Erscheinungen einerseits gegeben hat, und es hat auch dazu geführt - das muß man in diesem Zusammenhang doch auch noch sagen dürfen - daß es unerträgliche Verleumdungen gegenüber einigen wenigen in dieser Stadt gegeben hat und weiterhin gibt. Das, was es an Intoleranzerscheinungen gibt, das gehört nicht zum Geist dieser Stadt. Wir werden alle zusammen immer wieder darauf achten, daß wir es bekämpfen und daß wir dem entgentreten, das was es an Verleumdungen und sonst gegen einige wenige in dieser Stadt gegeben hat, und ich selber - meine Familie - haben das ja in diesen Wochen auch mitmachen müssen, das werden wir durch die unabhängige Gerichtsbarkeit, durch die notwendigen Strafanträge regeln lassen. Ich bin jedenfalls nicht bereit, den Weg meines Vorgängers mitzugehen, der sich ungestraft Mörder hat nennen lassen, weil er meinte, das ginge, unsere Rechtsordnung würde jemanden nicht schützen, ich jedenfalls und mein Kollege Neubauer, die besonders in dieser Richtung angeschossen sind in diesen Tagen, wir werden uns mit den notwendigen Rechtsmitteln zur Wehr setzen. Dies alles, meine Damen und Herren, gehört zu dem, was die innere Ordnung ist, und es fragt nach der Aufgabe, die wir haben, wenn wir die Wirtschaft dieser Stadt weiter stärken wollen, wenn wir den Menschen in dieser Stadt und außerhalb dieser Stadt das Vertrauen geben wollen, daß sie in diese Stadt ihre Zukunft mit einbringen können wie jeder einzelne in dieser großen Halle seine Zukunft mit einbringt für die

Freiheit dieser Stadt, dann gibt es für uns ganz wenige, aber entscheidende Aufgaben, auf die wir uns konzentrieren müssen. Da ist die erste Aufgabe die, daß die Führung dieser Stadt den Auftrag hat, mit den Mitteln des freiheitlichen Rechtsstaates, die wir haben - und dazu gehört auch unsere Polizei, zu der ich hier auch noch mal mein ausdrückliches Vertrauen aussprechen will -, das heißt mit den Mitteln des freiheitlichen Rechtsstaates dafür zu sorgen, daß wir angemessen, aber entschlossen die Ordnung dieser Stadt weiterhin wahren. Daß wir zweitens uns darauf verstehen, daß die Ordnung dieser Stadt durch diesen Staat und durch die diesem Staat zur Verfügung stehenden Organe gerechtfertigt ist und gewährleistet ist, das Mittel der Selbsthilfe und, wie mancher meint, der Selbstjustiz nicht notwendig ist, sondern daß wir dafür sorgen werden, in den notwendigen und angemessenen Formen Sorge zu tragen, daß wir mit allen Aspekten der Unordnung in dieser Stadt fertig werden und daß wir dazu - das sage ich auch hier ganz bewußt - die Bereitschaft zum Gespräch und die Bereitschaft zur Toleranz weiterhin erneuern. Ich sag das als einer, der durch schwierige sogenannte Diskussionen, oder der moderne Ausdruck ist Happening oder sowas, hindurchgegangen ist, der das alles bis zur Neige ausgekostet hat und trotzdem sagt, meine Damen und Herren, wir dürfen einen Teil der jungen Menschen, auch einen Teil der studentischen Jugend, nicht alleine lassen, wir dürfen sie nicht den wenigen radikalen Gruppen alleine überlassen. Wenn es auch noch so sehr auf die Nerven geht, wir müssen uns immer wieder erneut in der Maße, in dem wir die Kraft haben, auch in dem wir selber zur Verfügung stehen können, und zur Verfügung stehen zum Gespräch. Und wir werden allerdings - damit komme ich zum Schluß - nie vergessen, meine Damen und Herren, daß wir hier nicht im luftleeren Raum operieren, sondern daß man uns aus Ostberlin ganz sorgfältig beobachtet. Die da drüben - davor warne ich hier auch, vor der billigen Lesart - die versuchen, so zurückhaltend wie möglich mit denen zu kooperieren, die hier Unordnung in die Stadt tragen wollen. Das was die hier an Geld brauchen, das kriegen die - jetzt nehm ich mal einen Lenin'schen Ausdruck, das kann man doch mal benutzen - von genug nützlichen Idioten aus der Bundesrepublik hierher überwiesen, das was die brauchen. An Geld brauchen sie also nichts von drüben zu bekommen, die in Ostberlin und in der SED beobachten nur diese Vorgänge sorgfältig und versuchen sich - wie beispielsweise bei der Kundgebung am Sonntag, dem 18. Februar - auf geschickte Weise mitreinzuhängen, aber sie beobachten ihn, weil sie im wesentlichen zwei Punkte genau immer wieder durchprüfen müssen: Ob es ihnen gelingt, hier in dieser Stadt die Unordnung an einen Punkt zu treiben, daß das freie Berlin, darf ich einmal sagen, wie ein Brei auseinanderläuft. Und zweitens ob es ihnen gelingt, die Führung dieser Stadt handlungsunfähig zu machen und sie - wie sie es sich vorgenommen haben - dann in diesem Punkt zu beseitigen. Dem Ganzen könne wir nur entgehen, indem wir uns in Ruhe und Gelassenheit, bedacht und nüchtern auf diesen Weg einlassen, auf die Auseinandersetzung, und darauf verständigen, daß wir in dieser Stadt selbst uns das Ziel unserer Zukunft zusammenbauen. "

===== bestellschein =====

Ich bestelle den Berliner EXTRA-Dienst ab 1968 bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, - (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: